



die dritte Seite

„Ich spüre den guten Willen“

Asyl: Landrätin präferiert eigene Lösung der Gemeinde, ist aber für Investoren-Vorschlag offen

Eine hitzige Debatte lieferte sich der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung, bei der Landrätin Andrea Jochner-Weiß und Kreiskämmerer Norbert Merk zu Gast waren. Das Thema: Die geplante Sammelunterkunft von Flüchtlingen auf dem rund 3000 Quadratmeter großen Areal in der Nähe des Bahnhofs. Die „Xanthos GmbH“ wollte hier Wohnungen für rund 100 Personen mit einer Nutzungsdauer von zehn Jahren errichten. Doch der Rat wollte eine kleinere Lösung, die Entscheidung wurde vertagt.

Zum Hintergrund: Vor drei Jahren hat die „Xanthos GmbH“ das Grundstück an der Osterseenstraße erworben. Seither gab es diverse Anträge für unterschiedlichste Nutzungen - Wohnungen, Praxen, ein Lebensmittel-Vollsortimenter - die der Gemeinderat immer wieder abgelehnt hatte. Zuletzt beantragte die Firma den Bau einer Asylbewerberunterkunft für 120 Menschen, die sie für 15 Jahre ans Landratsamt verpachten wollte. Doch das Gremium war dagegen - die Anzahl der Personen sei zu groß, die Laufzeit zu lang. Möglich sei ein Gebäude für 75 Menschen mit einer Nutzungsdauer von fünf Jahren - um weitere fünf Jahre verlängerbar. Für den Investor sind diese Konditionen jedoch nicht akzeptabel. Sein letzter Vorschlag: 100 Personen für zehn Jahre. „Damit können wir uns nicht anfreunden“, so Bürgermeister Michael Bernwieser, die Zahl 100 sei der „Knackpunkt“.

Kreiskämmerer Merk erläuterte, eine lange Laufzeit sei quasi Voraussetzung für günstige

Bedingungen. Die Flüchtlinge bräuchten nicht nur „nackten Wohnraum“, sondern auch Räume für Sprachunterricht und ähnliches. Das sei aber nur in Gemeinschaftseinrichtungen erreichbar. Ab 100 Personen erhalte man zudem erst die Mittel für eine Verwaltungskraft, einen Hausmeister sowie Sozialbetreuung. Derzeit bekomme man durchschnittlich 55 Asylbewerber pro Woche zugewiesen, so die Landrätin Jochner-Weiß. Bisher schaffe man das „ganz gut“ - „noch“. Deshalb motiviere sie die Gemeinden, eigene Lösungen zu suchen. Das Problem: Asylbewerber, die anerkannt wurden, haben den gleichen Status wie

Hartz-IV-Empfänger - „und für die sind die Gemeinden zuständig“. Ihr Appell: „Es selber machen“, dann habe man in zehn Jahren eigene Wohnungen und sei auf diese zweite Welle vorbereitet. Man sei jedoch für jede andere Lösung offen, es solle jetzt nur schnell gehen.

„Ganz klar nein“, müsse sie auf die Frage der Räte Ulrike Xyländer und Fritz Stuffer antworten, ob ein Investor an möglichen Folgekosten für Schule, Kindergarten, Betreuung nach 20 Uhr und am Wochenende beteiligt werden könnte oder das Landratsamt einspringen würde: „Wir sind für Versorgung und Unterbringung zuständig

- für alles andere müssen wir auf die Ehrenamtlichen bauen.“ Alternativen scheint es jedoch nicht zu geben. Auf eine Empfehlung der Räte Fritz Egold, Armin Mell, Peter Fischer und Jan von Gruchalla, die von der Gemeinde dringend Schritte zur Unterbringung von Flüchtlingen fordern, hatte Bernwieser den CVJM-Verband kontaktiert. Doch auf dem Hof in Magnetsried sei allenfalls eine Wohnung für eine bereits anerkannte Flüchtlingsfamilie verfügbar. Geklärt werden sollte nach Meinung der Räte zudem die Frage, ob es Grundstücke in Besitz der Gemeinde, des Freistaates, öffentlicher oder staatlicher Einrichtungen, der Kirchen oder von Privatpersonen gebe, auf denen bereits Baurecht bestehe. Ein angebotenes Privatgelände kommt aus Sicht des Kreis-

kämmerers nicht in Frage. Zudem hatten die Räte gebeten, einen Aufruf für dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zu starten. Ob ihre Empfehlung auf die nächste Tagesordnung kommt, blieb offen. Gleiches gilt für den Vorschlag Bernwiesers, dem Antrag des Investors - Wohnungen für 100 Personen für zehn Jahre - zuzustimmen, allerdings nur unter der Prämisse, dass die bisherigen Flüchtlinge in der Rechnung berücksichtigt werden. Das soll jetzt das Landratsamt prüfen. Die Landrätin warb abschließend dafür, den Antrag des Investors in der nächsten Sitzung zu behandeln: „Ich spüre den guten Willen des Gemeinderates.“ dz

Einen weiteren Bericht zum Thema (Asylhelferkreis) finden Sie auf Seite 6!



Zur Zeit wohnen die Asylbewerber an der St. Heinricher Strasse. Wo kommende Asylbewerber untergebracht werden können, ist derzeit noch unklar. Foto: tl

SEESHAUPTS FLÜCHTLINGE

Weshalb uns nichts anderes übrig bleibt, als Farbe zu bekennen

Klasse, wie viele Bürger sich für diesen Ort allgemein sowie für Hilfsbedürftige engagieren. Auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen haben viele Seeshaupter in diesem Jahr großartiges geleistet. Zusätzlich wird die Gemeinde vor der Herausforderung stehen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Es treffen Ansichten der sogenannten „Gutmenschen“, die scheinbar realitätsfremden Wunschbildern erliegen, auf die der „besorgten Bürger“, die sich aufgrund ihrer Kritik zu Unrecht ins rechte Eck geschoben fühlen. Dabei sorgen sich alle - nur unterschiedlich.

Auf der einen Seite sorgen sich Menschen um die Flüchtlinge und möchten, dass sie gut integriert werden. Sie leisten Fahrdienste, veranstalten gemeinsame Feste, leiten Sprachkurse, helfen bei Behördengängen und vielem mehr. Gleichzeitig werden Werte vermittelt, die uns wichtig sind.

Die andere Gruppe formuliert ihre Sorgen und warnt vor den Risiken: Möglicherweise sind Flüchtlinge grundsätzlich zu lernunwillig, zu wenig bereit, sich zu integrieren. Nach deren Meinung könnten Flüchtlinge Probleme schaffen, die wir bisher nicht hatten.

Die Erfahrungen des Helferkreises bestätigen dies nicht. Grundsätzlich geht es darum, wie wir in Seeshaupt mit Gegebenheiten umgehen, die wir nicht direkt beeinflussen können. Inwieweit betrifft das Flüchtlingsthema Seeshaupt und wie gehen wir damit um? Wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge in den nächsten Jahren in Deutschland aufgenommen und integriert werden müssen. Aber es werden viele sein und irgendwo muss dies

geschehen, also auch bei uns. Zu unserem Selbstverständnis von Seeshaupt gehört, sozial und gesellschaftlich verantwortungsvoll zu handeln. Dazu gehört, eine angemessene Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Die Folgen einer Nicht-Integration sind das, was wir am meisten fürchten. Ängste und Befürchtungen zu schüren, kann dagegen in die Sackgasse führen.

Dass ein Umdenken stattfindet, zeigt das Engagement vieler Menschen für Flüchtlinge. Wir haben die Chance, Flüchtlinge nutzbringend für uns alle zu integrieren. Und das muss nicht die Hausaufgaben-Betreuung sein. Vielleicht bringt jemand von uns Flüchtlingen das bayrische Schafkopfen bei oder lässt sie beim Papiersammeln oder bei der Vorbereitung für das Osterfeuer mithelfen. Angesichts von monatlich 140 Euro Taschengeld könnte eine gute Botzeit besonders wertgeschätzt werden.

Wenn nicht wir, wer dann kann es schaffen, Menschen so zu integrieren, dass die jetzigen Kosten, in unsere Sozialkassen zurück fließen? Also lasst es uns tun - das ist nicht sozialromantische Träumerei sondern Pragmatismus. Dazu brauchen wir Menschen, die sich engagieren und ein Klima im Ort, das nicht durch Vorurteile und Ressentiments geprägt ist.

Falls wir in Seeshaupt noch mehr Flüchtlinge aufnehmen (müssen), ist mein guter Vorschlag für das nächste Jahr, im Arbeitskreis „Asyl“ mitzuhelfen. Und mein großer Weihnachtswunsch: Möglichst viele Seeshaupter folgen meinem Beispiel. Das wäre doch schön! Ich wünsche Ihnen allen eine frohe und friedliche Weihnachtszeit.

Wolfgang Plikat

LESERBRIEF

In der letzten Ausgabe der Dorfzeitung wurden in Zusammenhang mit dem Bericht über die Flüchtlinge Zahlen u.a. der Heimatvertriebenen nach dem 2. Weltkrieg angeführt, in der Absicht, die befürchteten Probleme mit der höheren Zahl ankommender Asylbewerber kleinzureden.

Ich halte es für einen unakzeptablen Vergleich, wenn die erfolgreiche Integration der Heimatvertriebenen aus Pommern, Ostpreußen, Schlesien oder dem Sudetenland als suggestiver Beweis für die ‚Wir schaffen das‘ Gebetsmühle herhalten muss. Diese haben nach dem gemeinschaftlich von allen Deutschen verschuldeten 2. Weltkrieg die Rache der Sieger im besonderen Maße erleiden müssen und deshalb war es nicht nur der politische Zwang, sondern auch die moralische Pflicht der vergleichsweise glimpflich davon gekommenen Westdeutschen diesen Landsleuten einen neuen Start zu ermöglichen. Im Gegensatz

zu den heutigen Flüchtlingen, die sich trotz der zahlreichen sicheren Transitstaaten (etwa Griechenland, Serbien, Kroatien, Slowenien, Österreich, usw.) von der hierzulande gepflegten Willkommenskultur haben anlocken lassen, hatten die Heimatvertriebenen überhaupt keine Wahl und mussten nach Deutschland.

Und schließlich waren diese Menschen im Gegensatz zu den angeblich so toll ausgebildeten Akademikern aus dem Nahen Osten tatsächlich sehr gut ausgebildet, sprachen Deutsch als Muttersprache, waren leistungswillig und hatten einen vergleichbaren Wertekanon in christlich abendländischer Tradition.

Der Verweis im Artikel auf die im 19. Jhd. in die USA ausgewanderten ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ aus Deutschland unterschlägt völlig, dass aus Sicht der einheimischen Bevölkerung nämlich der indianischen Ureinwohner, die Masseneinwanderung aus Europa vielleicht

keine so großartige Erfolgsgeschichte war.

Wenn hier in der DZ indirekt Vergleiche gezogen werden, dann bleibt dieser Artikel die Begründung schuldig, warum es denn bereits jetzt nicht klappt mit der Integration. (Anmerkung der Redaktion: Hier hat sich die Redaktion vorbehalten, einen größeren Teil aus Platzgründen zu kürzen). Ich für meinen Teil unterstütze seit Jahrzehnten verschiedene Hilfsprojekte in den Entwicklungs- und Schwellenländern und halte dies für den weitaus besseren Weg als durch eine unkontrollierte Zuwanderung planlos und konfus alle Sozial- und Sicherheitsprobleme dieser Welt auf Kosten der Allgemeinheit und vor allem der zukünftigen Generationen nach Deutschland zu importieren.

Josef Sporer, Magnetsried

Anmerkung: Die Redaktion hat diesen Leserbrief aus Platzgründen kürzen müssen